



„Derselbe Bodensatz, der Antisemitismus nährt, nährt auch Islamfeindlichkeit“, sagt Felix Klein, der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung im Interview mit dem TAGBLATT. Bild: Anne Faden

Zu seinem Vortrag an der Uni Tübingen kam Felix Klein aus Brüssel angereist; er sprach im Rahmen der Aktionswoche zum Holocaust-Gedenktag über Spuren der NS-Zeit in der heutigen Gesetzgebung.

TAGBLATT: Sie haben an der Eberhard-Karls-Universität gesprochen. Haben Sie die Diskussion um den Namensgeber verfolgt?

Klein: In Vorbereitung meiner Reise hierher habe ich mir die aktuelle Diskussion vor Augen geführt. Ich finde es gut, dass das überhaupt diskutiert wird – das ist eine echte Errungenschaft und spricht sehr für die Diskussionskultur an der Uni.

Die Forderung der Jüdischen Studierendenunion, den Namen zu ändern, hat der Senat nicht erfüllt.

Ich kann und möchte von außen nicht sagen, so oder so sollte es gemacht werden. Ich finde, man muss die Entscheidung des Senats respektieren. Aber man sollte sich jetzt davor hüten, zu sagen, damit ist die Diskussion beendet. Allerdings können die heutigen Maßstäbe nicht auf die Situation zu Zeiten von Graf Eberhard angesetzt werden. Sonst müsste man auch Richard-Wagner-Straßen umbenennen. Das würde mir zu weit gehen.

In Ihrem Vortrag an der Uni ging es um die Spuren der NS-Gesetzgebung.

Im Grundgesetz gibt es den Artikel 125. Der regelt die Weitergeltung des Rechts, das vor 1945 in Deutschland galt. Und es gibt heute noch etwa 30 Gesetze, die in der Zeit zwischen 1933 und 1945 erlassen wurden, die noch in Kraft sind und über diesen Artikel 125 Geltung haben. Diese Gesetze haben alle den Makel, dass sie nicht parlamentarisch beraten wurden.

Was sind das zum Beispiel für Gesetze?

Zum Beispiel ist das Heilpraktikergesetz von 1939 immer noch in Kraft. Die Nazis waren Menschen, die der so genannten Schulmedizin sehr kritisch gegenüberstanden. Die galt ihnen als „verjudet“. Sie wollten Homöopathie und Heilpraktiker als neue, der Naziideologie nahe, Berufe privilegieren. Diese Absicht liegt dem Heilpraktikergesetz zu Grunde.

Wie sähe ein guter Umgang damit aus?

Es wäre doch gut, wenn dieser Berufsstand die problematische Genese dieses Gesetzes aufnehme, um dann die eigene Vergangenheit kritisch zu reflektieren.

Zweifel an der Schulmedizin haben auch bei den Corona-Leugnern eine Rolle gespielt: Glauben Sie, dass es da eine Anschlussfähigkeit von antisemitischen Narrativen gibt?

Es ist anschlussfähig. Ich möchte niemandem, der den Beruf des Heilpraktikers ausübt, so etwas unterstellen. Trotzdem muss man sehen: Eine der Hauptverantwortlichen, die damals den sogenannten Sturm auf den Reichstag angeführt hat, war eine Heilpraktikerin.

Nicht die Aufgabe der Juden

Antisemitismus Felix Klein, der Antisemitismusbeauftragte des Bundes, war in der Aktionswoche zum Holocaust-Gedenktag in Tübingen. Im Interview sprach er über die AfD, deutsche Erinnerungskultur, das Heilpraktikergesetz und darüber, wo die Grenzen zwischen Antisemitismus und Kritik an israelischer Politik verlaufen.

Von Ulrich Janßen und Miri Watson



Die Bundesregierung plädiert dafür, sich im Nahen Osten für eine Zweistaatenlösung einzusetzen. Die umzusetzen sei auch im israelischen Interesse, sagt der Antisemitismusbeauftragte Felix Klein. Archivbild: Ulrich Metz

Im Namen der Demokratie gehen bundesweit Tausende Menschen gegen die AfD auf die Straße. Führen die Proteste zu etwas?

Ich begrüße es sehr, dass sich so viele Menschen nun gegen rechts erheben und unsere Demokratie stärken wollen. Ich denke, das ist ein klares Signal an die AfD, aber auch ein Auftrag an die Bundesregierung, in aller Deutlichkeit demokratische Grundwerte zu stärken und gegen Extremismus vorzugehen.

Wie platziert die AfD sich beim Thema Nahostkonflikt? Wo fühlt die sich zuhause?

Die AfD versucht, schon seit vielen Jahren, sich als Israel-Freundin zu gerieren. Israel wird dabei die Rolle als Bollwerk des Westens gegen die Muslime zugeschrieben. Deswegen präsentiert sich die Partei als vermeintlich israelfreundlich und versucht, eine entsprechende Polarisierung voranzutreiben. Sie wollen auch judenfreundlich sein, aber der Zentralrat der Juden in Deutschland durchschaut dieses fadenscheinige Spiel.

Es gibt aber Bürgerinnen und Bürger, die ihnen das ablehnen.

Es ist doch absurd, zu argumentieren, dass Juden die Feinde der Muslime seien. Im Gegenteil: Derselbe Bodensatz, der Antisemitismus nährt, nährt auch Islamfeindlichkeit. Von den deutschen Antisemiten sind nach meiner Wahrnehmung 98 Prozent auch Muslimhasser. Das kann man fast gleichsetzen. Natürlich gibt es andererseits auch Antisemitismus unter Muslimen, den wir genauso angehen müssen.

Das wird jetzt wieder verstärkt diskutiert.

Der schreckliche Terrorangriff der Hamas gegen Israel und die Zunahme an Judenhass, der seither auch auf deutschen Straßen spürbar ist, hat dazu geführt, dass man über diese Form von Antisemitismus sprechen kann, ohne gleich in so eine AfD-Ecke gedrängt zu werden. Wir müssen jede Form von Antisemitismus bekämpfen, ganz gleich, woher das kommt. Denn für die Opfer ist es unwesentlich, welche Motivation einem Angriff zugrunde lag.

In Tübingen wurde immer – auch in unserer Zeitung – eine lebhafte Diskussion darüber geführt, in der es auch darum ging: Wo ist die Grenze zwischen Kritik an der Politik Israels und Antisemitismus?

Es ist in der Tat nicht immer ganz einfach, diese Linie zu erspüren. Letztlich ist die Definition der International Holocaust Remembrance Alliance, die die Bundesregierung ja auch indossiert hat, nicht mehr als ein Hilfsmittel dafür, um Antisemitismus zu erkennen. Es ist keine Legaldefinition und auch ich als Beauftragter hüte mich davor, eine rote Linie festzulegen.

Aber es gibt sicher Anzeichen dafür, ob es antisemitisch ist oder nicht?

Wenn das Vorgehen der israelischen Armee mit der Wehrmacht gleichgesetzt wird oder wenn das Existenzrecht Israels in Frage gestellt wird, dann ist das klar anti-

semitisch. Auf der anderen Seite ist zum Beispiel Kritik an der Siedlungspolitik erst einmal nicht antisemitisch. Häufig geht es um unzulässige Verallgemeinerungen. Eine bestimmte Tat oder Eigenschaft wird „den Juden“ als Gesamtheit zugeschrieben, was auch gegenüber dem Staat Israel als jüdischem Kollektiv möglich ist. Das ist antisemitisch. Etwa, wenn die israelische Staatspolitik bei Demonstrationen in Deutschland „den Juden“ angelastet wird.

Die offizielle Haltung der Bundesregierung ist ja, sich für die Zweistaatenlösung einzusetzen. Halten Sie das noch für realistisch?

Obwohl die Zweistaatenlösung in immer weitere Ferne zu rücken scheint: Ich denke, dass sie nach wie vor das Ziel sein muss. Übrigens auch im israelischen Interesse: Denn nur, wenn man dieses Ziel vor Augen hat, ist ja eine mehr als 50 Jahre andauernde Besetzung völkerrechtlich überhaupt zu rechtfertigen.

Wie meinen Sie das?

Es soll eben keine Besiedlung stattfinden oder Kolonisierung, das wäre wirklich völkerrechtswidrig. Nur wenn das Ziel am Ende eine Zweistaatenlösung ist, kann man die Maßnahmen, die seit 1967 eingeführt wurden, überhaupt nach dem Völkerrecht rechtfertigen.

Unser Gespräch findet vor dem Holocaust-Gedenktag statt. In der internationalen Presse gab es Kritik an der deutschen Erinnerungskultur: Sie sei sehr star.

Ich sehe überall in Deutschland, dass das wirklich nicht so ist. Die Stolpersteininitiative ist vielleicht das bekannteste Beispiel – und das ist aus der Zivilgesellschaft gekommen. Es gibt viele solche Beispiele – auch viele junge Menschen engagieren sich. Ich finde es auch geradezu bösartig, zu unterstellen, dass wir uns provinzialisieren und in unserer Erinnerungskultur erstarren würden.

Was müsste passieren, damit Jüdinnen und Juden in Deutschland wirklich sicher sind?

Die meisten Menschen in Deutschland glauben, dass Antisemitismus nicht gut ist, nichts Schönes ist – aber sie nicht betrifft. Das muss sich ändern. Sie müssen zur Einsicht gelangen, dass Antisemitismus auch sie betrifft, und dementsprechend handeln. Das würde Juden und Jüdinnen schützen.

Finden Sie es eigentlich richtig, dass Sie Ihr Amt innehaben? Aus identitätspolitischer Sicht würde man vielleicht sagen, eine jüdische Person sollte das machen.

Ich glaube, es hat Vorteile, wenn es ein nicht-jüdischer Mensch macht. Der Kampf gegen Antisemitismus ist nicht Aufgabe der Juden, sondern der gesamten Gesellschaft. Und dafür stehe ich. Ich bin auch Beauftragter für jüdisches Leben, ohne selbst Jude zu sein. Aber ich habe jüdische Mitarbeiter:innen in meinem engsten Umfeld und auch sehr enge Kontakte zum Zentralrat und anderen jüdischen Organisationen.